Landeselternbeirat
Baden-Württemberg
Eltern MitWirkung

Vorsitzender: Theo Keck
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

An die

- Mitglieder der Landesregierung
  Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann
  Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid
  Frau Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer
- Mitglieder der Regierungsfraktionen
  Frau Fraktionsvorsitzende Edith Sitzmann
  Frau Sandra Boser
  Herrn Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel
  Herrn Christoph Bayer
- Mitglieder der Landesvorstände von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen
  Herrn Chris Kühn, Frau Thekla Walter
  Herr Dr. Nils Schmid

Bildungsaufbruch und Haushaltskonsolidierung - LEB warnt vor weiteren Qualitätseinbußen an den Schulen durch Einschnitte in die Lehrerversorgung

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seiner Sitzung vom 18. Juli 2012 hat der Landeselternbeirat die Ankündigung der Landesregierung, bis 2020 weit mehr als 10% der Lehrerstellen einsparen zu wollen und damit schon im kommenden Haushaltsjahr, also womöglich schon im Schuljahr 2012/13 mit einer Einsparung von 1700 Stellen zu beginnen, scharf kritisiert.

Natürlich können auch Eltern und der Landeselternbeirat als ihre Vertreter auf Landesebene nachvollziehen, dass der Landeshaushalt aufgrund der Schuldenbremse in der Verfassung der Bundesrepublik bis 2020 ohne neue Schulden auskommen muss und dass dies nicht ohne besondere Anstrengungen gelingen wird. Dazu gehört unbestritten eine regionale Schulentwicklungsplanung, die aber die Akteure vor Ort, die Schulträger, Schulen, Elternvertreter und außerschulische Bildungsträger mit einbeziehen muss. Die besonderen Belange des ländlichen Raums müssen dabei Berücksichtigung finden.

Nach seinen mehrfachen Beratungen zum Thema Lehrerversorgung ist der Landeselternbeirat durchaus zu der Auffassung gelangt, dass eine Klarheit und Transparenz der Strukturen hier Einsparpotenziale bergen könnte. Diese Vermutungen sind jedoch nach heutigem Stand nicht konkret zu beziffern. Dagegen steht zum einen der an der einzelnen Schule als desaströs empfundene Unterrichtsausfall, der mit den Erhebungen des Kultusministeriums so gar nicht zusammenpassen will. Dagegen stehen beispielhaft aber auch das strukturelle Defizit bei den beruflichen Schulen, der Mangel an Förderstunden in den Realschulen oder die Bugwellen an Überstunden, die bisher noch nicht einmal konzeptionell aufgearbeitet sind.

Einer undifferenzierten und nicht zielgerichteten Einsparung in der Lehrerversorgung, wie sie derzeit wegen der widersprüchlichen Aussagen der Landesregierung mit unterschiedlichen Zahlen diskutiert werden, können die Mitglieder des Landeselternbeirats deshalb keinesfalls zustimmen. Diese basieren rein auf statistischen Zahlen, die die Realität an den Schulen nicht im geringsten abbilden.

Wenn nach den vielversprechenden Ankündigungen des Koalitionsvertrags schon im Haushaltsjahr 2013 in nicht unerheblichem Umfang Lehrerstellen eingespart werden sollten, dann widerspräche das den beispielsweise im Rahmen des sogenannten Bildungsgipfels geäußerten Zusicherungen der Landesregierung, die sogenannte „demografische Rendite“ im kommenden Schuljahr vollständig im System zu belassen und damit auf die genannten Defizite zu reagieren. Diese Vorgehensweise würde in der Wahrnehmung des Landeselternbeirats einen klaren Wortbruch darstellen.

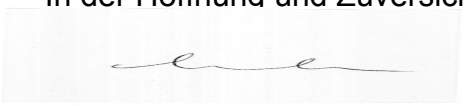
Für das Schuljahr 2013/14 steht möglicherweise die Umsetzung einer Effizienzrendite“, aber insbesondere die Umsetzung der Vereinbarungen der Koalitionäre für einen Bildungsaufbruch im Raum, beispielsweise zugunsten der Chancengerechtigkeit in der Bildung und einer Stärkung der individuellen Förderung an allen Schularten. Ebenso hat man sich auf die Stärkung der beruflichen Bildung nach den Empfehlungen der Expertenkommission, auf den Ausbau des Ganztagsschulangebots sowie auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verständigt.

All diese guten und wichtigen Vorhaben der Landesregierung sind aber bisher in keiner Weise kalkuliert und würden einer generellen Einsparung, die mit dem Rasenmäher vorgenommen wird, zum Opfer fallen.

Der Landeselternbeirat fordert die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen und Parteien von Grünen / Bündnis 90 und SPD deshalb dringend auf, die Definition eines Einsparziels für den Bildungsetat erst vorzunehmen, wenn die wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben im Lehrerbedarf durchgerechnet und auf den Weg gebracht sind.

Aus der Vergangenheit wissen die Vertreter des Landeselternbeirats ebenso wie Mitglieder der Regierungsparteien, dass Eltern in der Lage sind, sich in Verbänden und Initiativen auch kurzfristig zu organisieren. Es wäre sehr bedauerlich, wenn Eltern nach der breiten Zustimmung, die viele den bildungspolitischen Vorhaben der grün-roten Landesregierung entgegengebracht haben, wieder auf Demonstrationen und Lichterketten als die einzige Hoffnung auf Einflussnahme zurückgeworfen würden.

In der Hoffnung und Zuversicht auf einen weiterhin konstruktiven Dialog grüßt Sie



Theo Keck

Vorsitzender des 16. Landeselternbeirats

Stuttgart, den 20.07.2012